

Berufsunfähigkeitsversicherung: BU-Vers.

Handbuch

von
Kai-Jochen Neuhaus

3. Auflage

Berufsunfähigkeitsversicherung: BU-Vers. – Neuhaus

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Unfall-, Kranken-, Berufsunfähigkeits- und Lebensversicherung



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 64272 2

beck-shop.de

Neuhaus
Berufsunfähigkeitsversicherung

beck-shop.de

beck-shop.de

Berufsunfähigkeits- versicherung

Von

Kai-Jochen Neuhaus

Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Versicherungsrecht,
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht
in Dortmund

Begründet von Wolfgang Voit

3., völlig neu bearbeitete Auflage 2014



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 9783406642722

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: fgb · freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Seit dem Erscheinen der zweiten Auflage sind mehr als vier Jahre ins Land gezogen. Berufsunfähigkeitsversicherungen sind nach wie vor als Vorsorge wichtig, rechtlich kompliziert wie eh und je und immer wieder Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen; das neue VVG ist noch immer nicht Alltag geworden (da nur ganz wenige dadurch aufgeworfenen Fragen höchst-richterlich geklärt sind), und – mindestens genauso wichtig – der BVB wurde zwei Mal deutscher Fußballmeister.

Kurz: Es wurde Zeit für die dritte, vollständig neu gegliederte und um unzählige aktuelle Gerichtsentscheidungen und diverse (neue) Literaturmeinungen ergänzte Auflage des von *Wolfgang Voit* im Jahr 1994 mit so viel Weitblick und scharfem Judiz begründeten Werkes.

Das Werk richtet sich an Antrags- und Leistungsprüfer in Versicherungsunternehmen, Richter, Rechtsanwälte und Versicherungsvermittler sowie alle, die sich in die Grundlagen und Details der Berufsunfähigkeitsversicherung einarbeiten oder diese vertiefen wollen. Checklisten, Praxistipps, Muster-Fragebögen und Hinweise sollen helfen, die täglichen Arbeitsanforderungen gründlicher und schneller zu bewältigen.

Mein Ziel war es erneut, das schwierige Thema „Berufsunfähigkeitsversicherung“ umfassend darzustellen, d.h. den Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur (auch kritisch) abzubilden und Lösungsvorschläge zu streitigen Punkten zu liefern. Dabei sind massiv die zahlreichen Erfahrungen aus meiner jahrelangen, bundesweiten gerichtlichen Tätigkeit in diesem Bereich und meinen Seminarveranstaltungen eingeflossen, was sich schon daran zeigt, dass alle Hauptkapitel um separate Rubriken zur Darlegungs- und Beweislast sowie zu gerichtlichen Besonderheiten erweitert wurden.

Diskussionen und Entscheidungen zum neuen VVG sind selbstverständlich ebenso umfassend eingearbeitet wie besondere, mit der Berufsunfähigkeitsversicherung immer wieder verknüpfte Themen (etwa medizinische Besonderheiten oder die Beauftragung von Detektiven). Mein persönliches Steckenpferd – die in der Praxis so wichtige vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung – wird ausführlich behandelt. Während der Bearbeitung des Buches machte sich, insbesondere angesichts aktueller Entwicklungen, die Einarbeitung neuer Passagen erforderlich, wodurch an einigen Stellen leider von der sonstigen Systematik der Randnummern abgewichen werden musste.

Als Kind des Ruhrpotts möchte ich es folgendermaßen formulieren: Die Maloche hat sich gelohnt. Ich wünsche mir, dass es die Leser und Nutzer

beck-shop.de

Vorwort

genauso sehen. Anregungen und Kritik sind wie immer ausdrücklich erwünscht. Gerne nehme ich auch anonymisierte Urteile entgegen, um diese einzupflegen. Bitte richten Sie diese an neuhaus@fachanwalt-neuhaus.de.

Der abgebildete Rechtsstand ist August 2013.

In solchen Vorworten spricht man bekanntlich auch Dank aus – nicht weil man es muss, sondern weil man es will: Dieser gebührt – beruflich – zunächst einmal dem Verlag C.H. Beck, der das wichtige Thema des Versicherungsrechts angemessen fördert, und dem Lektorat; dann – privat – meiner lieben Lebensgefährtin *Ina* und schließlich allen unseren prä- und voll pubertierenden Kids *Mark*, *Kris*, *Caro* und *Julia*. Mag mein Interesse an der Thematik auch noch so groß sein – ohne Rückhalt und Energieschübe durch die Letztgenannten funktioniert es nicht.

Dortmund, im Februar 2014

Kai-Jochen Neuhaus

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage (2009)

Fast 15 Jahre sind seit der Erstauflage des von *Voit* begründeten Standardwerks vergangen. Leider konnte der Autor seine präzisen und detaillierten Gedanken zur Berufsunfähigkeitsversicherung, die seiner Zeit zum Teil weit voraus waren, nicht mehr selbst fortführen. Da es sich bei der Berufsunfähigkeitsversicherung seit langem um mein Spezialgebiet handelt, bin ich daher sehr gerne dem Ruf des Verlages gefolgt, die 2. Auflage zu erstellen.

Inhalt und Grenzen der Berufsunfähigkeitsversicherung sind seit jeher durch die Rechtsprechung geprägt. Die umfangreiche Kasuistik ist maßgeblich für die praktische Handhabung von Streitfällen und die Leistungsprüfung der Versicherer, aber auch für die Bewertung und Entwicklung neuer Versicherungsbedingungen. Ein Schwerpunkt liegt deshalb in einer geordneten Darstellung der Rechtsprechung.

[...]

Das Buch referiert in übersichtlicher Form nicht nur den Meinungsstand, sondern bietet eigenständige Lösungsansätze für die Praxis. Dabei werden im Versicherungsalltag wichtige Bereiche wie der Vertrieb, der Vertragsabschluss oder die Entwicklungen neuer Versicherungsbedingungen nicht ausgespart.

Besonders am Herzen liegt mir eine verständliche Sprache und die anschauliche Darstellung mit zahlreichen Fallbeispielen, Musterklauseln und Praxishinweisen.

Da es erklärtes Ziel ist, nicht nur den aktuellen Rechtsstand umfassend wiederzugeben, sondern praxisnah Hilfen für den Alltag von Versicherern, Gerichten, Anwälten und Vermittlern zu bieten, wurden erstmals auch Checklisten, Schaubilder und Übersichtstabellen zur schnellen Orientierung aufgenommen.

Neu sind auch Informationen zu Bereichen, die nicht als juristisch im klassischen Sinne zu bewerten sind, aber für die Praxis der Berufsunfähigkeitsversicherung eine enorme Rolle spielen wie etwa Erläuterungen zu bestimmten Krankheiten (z.B. Burnout-Syndrom) oder Hinweise zu Ratings.

Die Floskel „Aus der Praxis für die Praxis“ wird zwar oft bemüht, aber sie trifft den Kern auch hier, und ich denke, dass dies im Sinne des verstorbenen Vorautors ist. Seine kreativen Ideen und die präzise Ausgewogenheit bei der Interessenabwägung zwischen Versicherern und Versicherten sehe ich als motivierenden Ansporn, auch in Zukunft Standards zu setzen.

[...]

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX
A. Basiswissen	1
B. Berufsunfähigkeits-Bedingungen als AGB	32
C. Abschluss der Berufsunfähigkeitsversicherung	58
D. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	97
E. Inhalt und Umfang der Leistungspflicht	121
F. Versicherter Beruf	189
G. Medizinische Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit	289
H. Das Recht der Verweisung	378
J. Leistungsprüfung des Versicherers	464
K. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	508
L. Anerkenntnis	558
M. Nachprüfungsverfahren	580
N. Risikoausschlüsse und Gefahrerhöhung	626
O. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung	670
P. Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindung	846
Q. Kündigung der Berufsunfähigkeitsversicherung	882
R. Berufsunfähigkeits-Prozess: Besonderheiten von A–Z	893
S. Pfändbarkeit, Verpfändung, Abtretung und Insolvenz	956
T. Besonderheiten der Lebensversicherung	975
U. Berufsunfähigkeit in anderen Rechtsgebieten und ähnliche Versicherungen	986
V. Haftung des Versicherers und des Vermittlers für Fehlverhalten	1012
W. Rechtsschutzversicherung und Streit um die Berufsunfähigkeit	1056
Anhang: Musterantrag auf Abschluss einer Lebens- bzw. Berufsunfähigkeitsversicherung – Fragen an die zu versichernde Person und Belehrung	1063
Sachregister	1069

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX
A. Basiswissen	1
I. Versicherungsvertrag, Gesetz und Rechtsprechung als Ausgangspunkt	1
1. Überblick	1
2. Versicherungsbedingungen	2
a) Bedeutung der Bedingungswerke	2
b) Berufsunfähigkeits-Bedingungen als AGB	3
c) Historische Entwicklung der Bedingungswerke	3
3. Das neue VVG	6
a) Historische Entwicklung	6
b) Wesentliche Regelungen im Allgemeinen Teil	7
c) Inkrafttreten und Übergangsvorschriften	9
4. Gesetzliche Vorschriften zur Berufsunfähigkeitversicherung	13
a) Überblick	13
b) Einzelheiten zu den §§ 172 ff. VVG	14
c) Leitbildfunktion der §§ 172 ff. VVG und AGB-Recht	15
5. Gesetzliche Vorschriften zur Lebensversicherung	16
6. Geschäftsplanmäßige Erklärungen der Versicherer und aufsichtsrechtliche Rundschreiben	16
II. Gegenstand der Berufsunfähigkeitsversicherung	18
1. Leistungsversprechen	18
2. Haupt- und Zusatzversicherung	19
III. Einordnung der Berufsunfähigkeitsversicherung	20
1. Berufsunfähigkeitsversicherung als Summenversicherung	20
a) Unabhängigkeit von einer Einkommenseinbuße	20
b) Bedeutsamkeit eines Einkommensunterschiedes	21
2. Berufsunfähigkeitsversicherung als Lebensversicherung	22
3. Sinn und Zweck der Berufsunfähigkeitsversicherung	23
4. Abgrenzung zu anderen Versicherungen	25
IV. Begriff der Berufsunfähigkeit in der Berufsunfähigkeitversicherung	26
1. Eigenständiger Begriff	26
2. Objektives und subjektives Risiko der Berufsunfähigkeit	28
3. Checkliste zur Prüfung der Berufsunfähigkeit	31
B. Berufsunfähigkeits-Bedingungen als AGB	32
I. Grundzüge des AGB-Rechts	32
II. Vorgehen bei der Prüfung von AGB	34
III. Einzelheiten der AGB-Prüfung	34
1. Unternehmerbegriff	34
2. Einbeziehung von AVB in den Vertrag	35
3. Individualvereinbarungen	36
	XI

Inhalt

	Seite
4. Auslegung von AVB	38
a) Grundsätze und Methodik	38
b) Unklarheitenregelung (§ 305c Abs. 2 BGB)	41
c) „Durchschnittlicher Versicherungsnehmer“	42
d) Auslegung sämtlicher Vertragsunterlagen	43
5. Wirksamkeit von AVB gemäß § 307 BGB	44
6. Transparenzgebot	47
7. Überraschende oder mehrdeutige Klauseln	48
8. Rechtsfolgen bei unwirksamen Formulklauseln	50
9. Darlegungs- und Beweislast	50
IV. Verfassungsmäßigkeit von AVB	51
V. Einbeziehung neuer AVB oder Klauseln in den bestehenden Vertrag	53
VI. Entwurf neuer Berufsunfähigkeits-Bedingungen	54
C. Abschluss der Berufsunfähigkeitsversicherung	58
I. Vertrieb, Vermittlerbegriff	58
II. Bedeutung von Ratings und Rankings für die Berufsunfähigkeitsversicherung	59
III. Antragsstellung	61
1. Zustandekommen des Vertrages	61
2. Antragsmodell	62
3. Invitationsmodell	63
4. Probeanträge	66
IV. Antrags- und Risikoprüfung	66
1. Grundsätze	66
2. Hinweis- und Informations-System (HIS)	67
3. Genetische Defekte (GenDG)	68
a) Überblick	68
b) Erhebungsverbot	69
c) Verwendungsverbot	69
d) Besonderheiten für die Berufsunfähigkeitsversicherung etc.	70
e) Angabe von Vorerkrankungen	71
V. Annahme und Ablehnung des Antrags	72
1. Annahmeerklärung, Annahme- bzw. Bindungsfrist	72
2. Verspätete Annahme	74
3. Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstige Änderungen	76
4. Ablehnung des Antrags (AGG)	77
a) Grundsätze	77
b) Zulässige Ungleichbehandlung	77
c) Schadensersatzanspruch	79
VI. Vertragsschluss mit Geschäftsunfähigen, schwebende Unwirksamkeit	79
1. Grundsätze	79
2. Leistungspflicht des Versicherers während der Schwebezeit	82
VII. Widerrufsrecht des Versicherungsnehmers	85
1. Grundsätze	85
2. Beginn der Widerrufsfrist	85
3. Versicherungsschutz vor Fristablauf	86
VIII. Prämienzahlungspflicht des Versicherungsnehmers	88
1. Fälligkeit der Erstprämie	88
2. Vorverlegung der Fälligkeit der Erstprämie durch AVB	89

Inhalt

	Seite
3. Nicht rechtzeitig gezahlte Erstprämie	91
4. Folgeprämien	93
IX. Darlegungs- und Beweislast	95
D. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	97
I. Beginn des Versicherungsschutzes	97
1. Materieller Schutz und Regelung in den AVB	97
2. Verknüpfung von Leistungspflicht und Prämienzahlung, Einlösklausel, deckende Stundung	98
II. Ende des Versicherungsschutzes	100
III. Rückdatierung, Rückwärtsversicherung	101
1. Grundsätze	101
2. Differenzierung zwischen selbstständiger Berufsunfähigkeits- versicherung und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	102
3. Praxisfälle	103
4. Kenntnis vom (nicht möglichen) Versicherungsfall	104
IV. Vorläufiger Versicherungsschutz	105
V. Unterbrechung des Versicherungsschutzes	107
1. Vertragsaufhebung und -änderung	107
2. Ruhensabsprachen und prämienfreie Versicherung	109
a) Problematik	109
b) Ruhensversicherung, Ruhensvereinbarung	109
c) Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung	112
VI. Darlegungs- und Beweislast	118
1. Versicherungsschutz	118
2. Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung (Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung)	118
E. Inhalt und Umfang der Leistungspflicht	121
I. Ermittlung des Vertragsinhalts	121
II. Vereinbarte Leistungen	121
1. Rente, Beitragsbefreiung und andere Leistungen	121
2. Koppelung der Leistung an den Grad der Berufsunfähigkeit	123
a) Freie Vereinbarung	123
b) 50%-Klausel	123
c) Staffelregelung	123
d) Fehlende Vereinbarung des Grades	124
3. Anpassungs- und Dynamikvereinbarungen	125
a) Überblick	125
b) Vereinbarung, Klauseln	125
c) Berechnung der Anpassung	127
d) Aussetzen der Anpassung	129
e) Anpassung und Eintritt der Berufsunfähigkeit	130
4. Überschüsse	132
5. Ausblick: Erweiterung der Leistungspflicht	133
III. Anspruchsinhaber	135
1. Versicherungsnehmer	135
2. Betriebliche Altersvorsorge	136
3. Rückdeckungsversicherung	138
4. Inhaber des Versicherungsscheins als Verfügungsberechtigter	140

Inhalt

	Seite
5. Bezugsberechtigte	141
a) Benennung	141
b) Widerrufliches und unwiderrufliches Bezugsrecht	145
c) Widerruf	147
d) Erben	148
e) Rechtsverhältnis Bezugsberechtigter – Versicherer	149
f) Rechtsverhältnis Bezugsberechtigter – Versicherungsnehmer	151
g) Rechtsverhältnis Versicherungsnehmer – Versicherer	152
h) Bereicherungsansprüche	153
i) Rückgewähransprüche	155
IV. Inlands- und Auslandsklauseln	158
V. Leistungsbeginn und -ende	160
1. Vertragliche Vereinbarung zur Leistungsdauer	160
2. Beginn der Leistung	163
a) Vertragliche Vereinbarung	163
b) Verspätete Anmeldung, Ausschlussfristen	163
3. Ende der Leistung	166
a) Vereinbarte Dauer	166
b) Tod des Versicherten	166
c) Besonderheiten beim eingetretenen Versicherungsfall, Kündigung, Anfechtung, Rücktritt	166
VI. Fälligkeit der Leistungen	167
1. Allgemeines	167
2. Abschluss der notwendigen Erhebungen	168
a) Überblick	168
b) Notwendige Erhebungen	168
c) Ablehnung durch den Versicherer	171
3. Verzug	172
a) Grundsätze	172
b) Verzugszinsen	174
4. Abschlagszahlungen	174
VII. Verjährung von Leistungsansprüchen	175
1. Grundsätze	175
2. Beginn der Verjährungsfrist bei Berufsunfähigkeitsleistungen	176
3. Hemmung der Verjährung	178
4. Umgang mit laufenden Verjährungsfristen in der Übergangszeit altes/neues VVG	180
VIII. Darlegungs- und Beweislast	182
IX. Prozessuale Besonderheiten	183
1. Klagebefugnis, Aktivlegitimation bei Direkt-/Rückdeckungs- versicherung, Bezugsberechtigung	183
2. Bestimmter Klageantrag	185
3. Klage vor Fälligkeit, sofortiges Anerkenntnis, Prozesskosten	186
F. Versicherter Beruf	189
I. Überblick über Kernprobleme	189
II. Begriff des Berufs	189
1. Sprachgebrauch und Antragspraxis	189
2. Definition in der Berufsunfähigkeitsversicherung	191
a) Grundsatz	191

Inhalt

	Seite
b) Bewertungskriterien	192
c) Einzelfälle von A–Z	194
III. Zuletzt tatsächlich ausgeübte und prägende Tätigkeiten	197
1. Grundsätze	197
2. Notwendige Dauer der Berufsausübung	198
3. Berücksichtigung von Aufstiegsmöglichkeiten	201
4. Prägende Tätigkeiten	201
a) Grundsätze	201
b) Dominierende Teiltätigkeiten	202
c) „Gestufte Arbeit“	204
d) Kerntätigkeiten	204
e) Anstrengungskriterien	207
5. „Wegefähigkeit“	207
IV. Berufswechsel, verändertes Berufsbild, ruhender Beruf	208
1. Leidensunabhängiger Berufswechsel	208
2. Leidensbedingter Berufswechsel	210
3. Wirtschaftlicher Niedergang eines Betriebs und Tätigkeitswechsel	211
4. Berufsunterbrechung, Arbeitslosigkeit, Ausscheiden aus dem Berufsleben	211
a) Grundsätze	211
b) Ausscheiden	214
c) Unfähigkeit zur Ausübung einer Vergleichstätigkeit	217
V. Umorganisation: Besonderheiten bei Selbständigen und mitarbeitenden Betriebsinhabern	218
1. Ausgangsüberlegungen	218
2. Gesetzeslage, Bedingungen, AGB-Wirksamkeit	220
a) Gesetzes- und Bedingungsfrage	220
b) AGB-Wirksamkeit	222
3. „Betroffene“	223
4. Tatbestandliche Voraussetzungen der Umorganisation	224
a) Grundsätze	224
b) Tatsächliche Möglichkeit	226
c) Zumutbarkeit und weitere Einschränkungen	229
5. Hinweise für die Leistungsprüfung des Versicherers	237
6. Einzelfälle aus der Rechtsprechung	239
VI. Besonderheiten bestimmter Berufe	241
1. Beamte	241
a) Überblick	241
b) Vertrag ohne Beamtenklausel	243
c) Vertrag mit Beamtenklausel	246
d) Polizeidienst, Feuerwehr und Justizvollzugsdienstunfähigkeit	251
e) Vorgeschobene Versetzung in den Ruhestand, Arglist, Treuwidrigkeit	253
f) Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls	255
2. Auszubildende, Schüler, Studenten	257
a) Überblick	257
b) Verträge mit Sonderklauseln, Schulunfähigkeit	257
c) Verträge ohne Sonderklauseln	259
VII. Spezielle Berufsklauseln	263
1. Überblick	263

Inhalt

	Seite
2. Ärzte, Heilberufler und Apotheker	263
3. Flugpersonal	266
4. Kapitäne und Seeoffiziere	269
5. Tätigkeitsklausel	271
6. Gerichtsvollzieherklausel	273
VIII. Darlegungs- und Beweislast	274
1. Grundsätze	274
2. Konkrete Anforderungen und „Stundenplan“-Erfordernis	276
3. Muster für einen außergerichtlichen „Stundenplan“	279
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	279
5. Ausnahmen vom „Stundenplan“-Grundsatz	280
a) Keine Beweislastumkehr durch außergerichtliche Kenntnisse	280
b) Schwerste Erkrankungen	281
c) Klauseln zum Ausscheiden aus dem Beruf	281
6. Umorganisation: Besonderheiten bei Selbständigen	282
7. Hinweispflicht des Gerichts	284
IX. Prozessuale Besonderheiten	286
1. Verfahrensablauf	286
2. Materielle Rechtskraft	287
G. Medizinische Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit	289
I. Grundsätze	289
II. Statistiken	290
1. Die gefährlichsten/ungefährlichsten Berufe	290
2. Ursachen der Berufsunfähigkeit	293
3. Durchschnittliches Alter bei Eintritt von Berufsunfähigkeit	295
4. Antragsannahme (Abschluss der Berufsunfähigkeits- versicherung)	295
III. Versicherte Gefahren	296
1. Krankheit	296
2. Körperverletzung	299
3. Kräfteverfall	299
a) Grundsätze	299
b) Auslegung	300
4. Pflegebedürftigkeit	301
5. Andere Gefahren, Unfallzusatzbedingungen	305
6. Disposition zu bestimmten Erkrankungen/Beschwerden	307
IV. Besonderheiten bei Erkrankungen ohne organischen Befund, „moderne“ Krankheiten	308
1. Überblick	308
2. Besonderheiten bei psychischen Erkrankungen	309
a) Grundproblem	309
b) Typische Fragen	309
3. Somatoforme Störungen	310
4. Fibromyalgie	312
5. Burnout-Syndrom	313
6. Multiple Chemikalienunverträglichkeit (MCS)	315
V. Ärztlicher Nachweis	317
VI. Eintritt der Berufsunfähigkeit	318
1. Vollständige Berufsunfähigkeit	318
2. Teilweise Berufsunfähigkeit	320

Inhalt

	Seite
3. Gesundheitliche Überforderung („Raubbau“)	320
a) Grundsätze	320
b) Unzumutbare Überforderung	321
c) „Schlummernde“ Erkrankung	325
VII. Kausalität der Gesundheitsbeeinträchtigung für die Berufsunfähigkeit	326
1. Ausgangsüberlegungen	326
2. Wirtschaftliche Gründe für die Berufsaufgabe	326
3. Gesundheitliche, aber „beherrschbare“ Gründe	327
4. „Mittelbare“ Berufsunfähigkeit durch Berufsverbot	329
VIII. Grad der Berufsunfähigkeit und Ermittlung	331
1. Ausgangsüberlegungen	331
2. Nicht personenbezogene Kriterien (Arbeitszeit, prägende Tätigkeiten etc.)	332
3. Personenbezogene Kriterien	337
4. Besonderheiten beim Nachweis nicht (völlig) objektivierbarer Erkrankungen	338
a) Rechtliche Ausführungen	338
b) Nachweis nicht wissenschaftlich anerkannter Krankheiten	341
c) Überblick über testpsychologische Verfahren	342
d) Kritik an Fragenbögen	343
e) Beispiel für einen BDI-Fragenbogen	344
5. Aggravation und Simulation	348
IX. Beginn der Berufsunfähigkeit, Vorvertraglichkeit	349
1. Vorvertragliche oder „mitgebrachte“ Berufsunfähigkeit	349
a) Grundsätze	349
b) Einzelheiten	351
c) Verzicht durch vereinfachte Gesundheitsprüfung	353
2. Vorvertragliche Berufsunfähigkeit und Rückwirkungsfiction	354
3. Besonderheiten bei vereinbarter Verweisung	355
4. Nach dem Leistungsantrag neu auftretende Krankheiten	356
X. Dauer der Berufsunfähigkeit (Prognose)	357
1. Grundsätze	357
2. Dauerhaftigkeit, Zeitraum	359
a) Definierter Zeitraum	359
b) „Voraussichtlich dauernd“ u.Ä.	360
c) Alternative AVB-Regelungen	363
3. Noch nicht mögliche Prognose	364
4. Vermutete bzw. fingierte Berufsunfähigkeit	366
a) Grundsätze	366
b) Fiktion erfasst nur Prognose	367
c) Konkrete Voraussetzungen, Arbeitsunfähigkeit	369
d) „Voraussichtlich mindestens sechs Monate“ u.Ä.	370
e) Besonderheiten bei kurzfristiger Gesundheit	371
5. Ausgangszeitpunkt der Prognosebetrachtung	372
XI. Darlegungs- und Beweislast	372
XII. Prozessuale Besonderheiten	376
H. Das Recht der Verweisung	378
I. Überblick	378
II. Bedeutung des Arbeitsmarktes	380
1. Grundsatz: keine Arbeitsplatzversicherung	380

Inhalt

	Seite
2. Nischen- und Fantasieberufe	381
3. „Unvermittelbarkeit“ im Arbeitsmarkt	384
a) Grundsätzliche Überlegungen	384
b) Sicht der Rechtsprechung	388
c) Darlegungs- und Beweislast	389
III. Berufsunfähigkeit im Verweisungsberuf	390
IV. Vergleichbarkeit der Lebensstellung	392
1. Überblick	392
2. Einkommen	392
a) Grundsätze	392
b) Einkommensermittlung/-berechnung	394
c) Zumutbarkeit finanzieller Einbußen	405
3. Wertschätzung	410
a) Grundsätze	410
b) Bewertungskriterien	412
c) Sonderfälle	413
d) Besonderheiten bei Selbständigen	416
e) Sonstige Aspekte	420
4. Kompensation von finanziellen Einbußen und geringerer Wertschätzung durch andere Faktoren	421
a) „Entlastungen“	421
b) Aufstiegschancen	423
V. Besonderheiten der abstrakten Verweisung	425
1. Voraussetzungen	425
2. Qualifikationen: Kenntnisse, Fähigkeiten, Ausbildung, Erfahrung	425
a) Bedingungstext als Maßstab	425
b) Über- und Unterforderungsverbot	427
c) Objektive Vergleichbarkeit	428
d) Einarbeitung, Erwerb zusätzlicher Kenntnisse, Fortbildung etc.	432
e) Verlernen, Vergessen	434
VI. Besonderheiten der konkreten Verweisung	435
1. Überblick	435
2. Vergleichbarkeit der Tätigkeiten	437
a) Grundsätze	437
b) Dauer der neuen Tätigkeit	438
c) Definition der Einkommenseinbuße in AVB-Klausel	439
3. Verbindlichkeit der neuen Tätigkeit und Ausnahmen	440
a) Grundsätze	440
b) Ausnahmsweise keine Verbindlichkeit	440
4. Leidensbedingter Wechsel in den Verweisungsberuf und ähnliche Fälle	441
VII. Grenzen der Verweisung nach Treu und Glauben, sonstige Zumutbarkeitsaspekte	443
1. Grundsätze	443
2. Mobilitätsanforderungen	444
VIII. Verweisung von Auszubildenden, Schülern, Studenten, Umschülern, An- und Ungelernten, Arbeitslosen	447
1. Auszubildende, Schüler, Studenten	447
a) Ausgangsüberlegungen	447
b) BGH-Rechtsprechung zum Ausbildungsziel	448
c) Praktische Konsequenzen	449
d) Vergleichbarkeit	450

Inhalt

	Seite
2. Umschüler	452
3. Angelernte, Ungelernte	452
4. Arbeitslose	454
IX. Auskunftsbliegenheit des Versicherungsnehmers	455
X. Sonstiges	456
1. Entwurf alternativer Verweisungs-Bedingungen	456
2. Schadensersatz bei irrtümlicher Verweisung	456
XI. Darlegungs- und Beweislast	457
1. Abstrakte Verweisung	457
2. Konkrete Verweisung	461
XII. Prozessuale Besonderheiten	463
J. Leistungsprüfung des Versicherers	464
I. Überblick	464
II. Mitteilung der Berufsunfähigkeit, Anspruchserhebung	465
III. Keine Beschränkung auf die bloße Prüfung des Versicherungsfalls	467
IV. Prämienstundung	469
V. Gutachterbeauftragung	469
1. Grundsätze	469
2. Fragestellungen, Inhalt des Gutachtens	470
3. Aggravation, Simulation	471
4. Teilnahme von Dritten an der gutachterlichen Untersuchung	472
5. Einsichtsrecht in Gutachten	473
VI. Detektivbeauftragung	474
1. Problemaufriss	474
2. Grundsätze	475
3. Begründeter Anlass zur Observierung	476
4. Rückschau nach Vorliegen des Ermittlungsergebnisses	478
5. Angemessenheit „Unlautere Observierungen“	479
6. Verwertung von Observierungsergebnissen	480
a) Art und Weise der Verwertung	480
b) Rechtswidrig erlangte Observierungsergebnisse	481
7. Erstattung von Observierungskosten	481
8. Datenschutz	483
9. Prozessuales	483
VII. Vereinbarungen mit dem Versicherungsnehmer	484
1. Grundsätze	484
2. Abgrenzung zu einseitigen Erklärungen des Versicherers	486
3. Wirksamkeit von Vereinbarungen	487
a) Kernaussagen der Rechtsprechung	487
b) Maßgebliche BGH-Entscheidungen	489
c) Verschlechterte Rechtsposition	490
d) Belehrung bzw. Aufklärung	491
4. Kriterien für einen Verstoß gegen Treu und Glauben oder Sittenwidrigkeit	493
5. „Abkaufen“ des Klagerechts nach Anfechtung oder Rücktritt gegen Prämienerrstattung	494
6. Rechtsfolgen wirksamer und unwirksamer Vereinbarungen	495
7. Vergleichsabschluss im Rechtsstreit	497
VIII. Nach dem Leistungsantrag neu auftretende Krankheiten	497
IX. Vorgetäuschter Leistungsfall	498

Inhalt

	Seite
X. Ablehnung der Leistungen	499
1. Begründung, Bindungswirkung	499
2. Anrufung eines Ärzteausschusses	500
XI. Checkliste für die Leistungsprüfung	501
XII. Musterfragenbogen für den Arzt des Versicherungsnehmers	504
K. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	508
I. Grundsätze	508
1. Gesetzliche und vertragliche Obliegenheiten	508
2. Aufnahme neuer Obliegenheiten in die AVB	510
II. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalls	510
III. Obliegenheiten in der Erstprüfung	510
1. Auskunfts- und Informationsobliegenheiten	510
a) Grundsätze	510
b) Versicherungsschein, Beitragsnachweis, Zeugnis über den Tag der Geburt	512
c) Darstellung der Ursache, Arztberichte, Pflegenachweis	514
d) Unterlagen über den Beruf	516
e) Ärztliche Untersuchungen	519
f) Erteilung einer Schweigepflichtentbindung	521
g) Weitere notwendige Nachweise	522
h) Auskunft über andere Versicherungen	523
2. Befolgung ärztlicher Anordnungen	523
a) Überblick, AGB-Bedenken	523
b) Ärztliche Anordnungen	525
3. Pflicht zu Heilmaßnahmen aus Treu und Glauben, Kompensationsmöglichkeiten	527
a) Grundsätze	527
b) Heilmaßnahmen	529
c) Kompensationsmaßnahmen (Hilfsmittel etc.)	531
IV. Obliegenheiten nach Feststellung der Berufsunfähigkeit	532
1. Gesundheitsverbesserung, Änderung der beruflichen Tätigkeit	532
2. Nachprüfungsverfahren	534
a) Grundsätze	534
b) Auskünfte, Nachweise	534
c) Jährliche Untersuchungen	536
d) Sanktionen bei Verstößen	537
V. Folgen der Verletzung von Mitwirkungsobliegenheiten	537
1. Orientierung	537
2. Belehrungserfordernis (§ 28 Abs. 4 VVG)	537
3. Neuverträge, angepasste Altverträge	538
a) Überblick	538
b) Verschulden, Leistungsfreiheit, Quotelung	539
c) Fallgruppen und Quoten bei grober Fahrlässigkeit	541
d) Kausalitätsgegenbeweis	543
e) Nachholung der Obliegenheit	545
4. Altverträge	545
a) Ausgangslage	545
b) Das Urteil des BGH vom 12.10.2011 und seine Folgen	546
c) Keine generelle Übertragung auf die BUV	547

Inhalt

	Seite
d) Besonderheiten der Erstprüfung	549
e) Besonderheiten der Nachprüfung	550
VI. Darlegungs- und Beweislast	556
VII. Prozessuale Besonderheiten	556
L. Anerkenntnis	558
I. Überblick	558
II. Rechtsfolgen	559
1. Erklärtes Anerkenntnis	559
2. Unterbliebenes „gebotenes“ und fingiertes Anerkenntnis	560
III. Bindungswirkung „gebotenes und fingiertes“	562
1. Grundsätze	562
2. Abgrenzung Anerkenntnis – Kulanzleistungen	563
IV. Befristetes Anerkenntnis	566
1. Grundsätze	566
2. Rechtsprechung zum VVG a.F.	566
3. Einmalige Befristung	567
a) Dauer der Befristung	567
b) Sachlicher Grund	568
c) Abgeschlossene vergangene Zeiträume	569
d) Ausschluss bei fingierter Berufsunfähigkeit	570
4. Kettenanerkennnisse	570
5. AVB-Klauseln zur Befristung	570
6. Vorgehen nach Ablauf der Befristung	571
a) Grundsätze	571
b) Verwirrendes Verhalten, Treu und Glauben	573
c) Individuelle Vereinbarungen	573
V. Bedingtes Anerkenntnis, Vorbehalt der Verweisung	574
VI. Anfechtung, Irrtum	577
VII. Darlegungs- und Beweislast	578
VIII. Prozessuale Besonderheiten	579
M. Nachprüfungsverfahren	580
I. Überblick	580
II. AGB-Wirksamkeit von Klauseln	582
III. Ausschluss der Nachprüfung nach § 31 VVG	584
IV. Mitwirkungsobliegenheiten	584
V. Materielle Voraussetzungen	584
1. Überblick	584
2. Verbot des Nachschiebens	586
a) Vergleich Erstprüfung – Nachprüfung	586
b) Vergleich erste und weitere Nachprüfung	588
3. Gesundheitsverbesserung	589
4. Neue Umorganisationsmöglichkeit	591
5. Neue Verweisungsmöglichkeit	591
a) Grundsätze	591
b) Besonderheiten älterer AVB	592
c) Neue berufliche Fähigkeiten	593
d) Verlorene berufliche Fähigkeiten	596
e) Treu und Glauben	596

Inhalt

	Seite
6. Besonderheiten bei bestimmten Berufen	597
a) Auszubildende, Schüler, Studenten	597
b) Beamte	599
VI. Formelle Voraussetzungen	601
1. Überblick	601
2. Zweck der formellen Anforderungen	602
3. Anforderungen an die formelle Wirksamkeit	603
a) Vergleichsbetrachtung	603
b) Konkrete Anforderungen	605
c) Einbeziehung neu aufgetretener Leiden	611
d) Bezugnahme auf Gutachten	614
e) Beifügung von Gutachten	614
4. Mehrere Einstellungsmitteilungen	616
5. Korrektur/Nachholung der Entscheidung	617
VII. Verzicht auf die Nachprüfung	618
VIII. Rechtsfolgen und Schonfrist	619
IX. Verbindung von Anerkenntnis und Nachprüfung	621
X. Darlegungs- und Beweislast	622
1. Grundsätze	622
2. Konkrete Verweisung	623
XI. Prozessuale Besonderheiten	624
N. Risikoausschlüsse und Gefahrerhöhung	626
I. Risikoausschlüsse in den AVB	626
1. Grundsätze	626
2. Straftaten	628
3. Krieg und innere Unruhen	633
a) Überblick	633
b) Kriegsbegriff	634
c) Grauzonen	636
d) Innere Unruhen	638
e) Begrenzung des Schutzzwecks, Kausalität	639
f) AGB-Wirksamkeit	641
4. Unfälle durch Luftfahrten	641
5. Kraftfahrzeugrennen	644
6. Strahlen	647
7. Absichtliche Herbeiführung der Gesundheitsbeeinträchtigung, versuchte Selbsttötung	649
a) Grundsätze	649
b) Beweislast, Beweiswürdigung	652
c) Krankhafte Störung der Geistestätigkeit	653
8. Vorsätzliche Herbeiführung der Berufsunfähigkeit des Versicherten durch den Versicherungsnehmer	657
9. Einsatz von atomaren und ähnlichen Waffen	658
10. Ausschluss bei Wiederaufleben der (vollen) Leistungspflicht	659
II. Individuelle Risikoausschlüsse	661
III. Ursächlichkeit, Mitursächlichkeit	664
IV. Gefahrerhöhung	666
1. Grundsätze	666
2. Gefahränderung in der Lebensversicherung	667
3. Gefahränderung in der Berufsunfähigkeitsversicherung	667

Inhalt

	Seite
O. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung	670
I. Grundlagen	670
1. Überblick	670
2. Zweck der Anzeigepflicht, Risikoeinschätzung	673
II. Vorschriften bei Alt- und Neuverträgen (Spaltungsmodell)	673
III. Anzeigepflichtige Umstände in der Berufsunfähigkeitsversicherung (Gefahrerheblichkeit)	675
1. Begriff des Gefahrzustandes	675
2. Objektive und subjektive Gefahrerheblichkeit	677
3. Gefahrerhebliche Umstände in der Praxis	679
a) Tabelle: Gefahrerheblichkeit bejaht	679
b) Tabelle: Gefahrerheblichkeit verneint	683
c) Mobbing, Gendefekte, falsches Alter	684
4. Maßgeblichkeit der Geschäftsgrundsätze	687
a) Ausgangslage	687
b) Darlegung, Aufdeckung	688
c) Offenkundige Gefahrerheblichkeit	689
IV. Ordnungsgemäß ausgeübtes Fragerecht des Versicherers	690
1. Überblick	690
2. Eigene Fragen des Versicherers	691
3. Textform der Fragen	692
a) Grundvoraussetzungen	692
b) Bloße Kenntnisaufnahme vs. Archivierungsoption	693
4. Kenntnis der Antragsfragen	694
a) Zugangserfordernis	694
b) Heilung von Mängeln	696
c) Sprachschwierigkeiten	698
5. Ausdrückliche Fragen, „verbotene“ Fragen, spontane Anzeigepflicht	698
a) „Globale“ Fragen	698
b) Von vornherein unzulässige Fragen	700
c) Spontane Anzeigepflicht bei nicht oder falsch erfragten Umständen	701
V. Belehrung bei Antragsstellung (§ 19 Abs. 5 VVG)	704
1. Überblick, Geltungsbereich (Arglist), Folgen falscher Belehrung	704
2. Standort der Belehrung	706
a) „Gesonderte Mitteilung“	706
b) Optik der Belehrung	709
c) Text der Belehrung	712
d) Form, Zeitpunkt, Sonstiges	717
VI. Objektiver Tatbestand der Anzeigepflichtverletzung	717
1. Überblick	717
2. Kenntnis des gefahrerheblichen Umstandes, „Vergessen“	718
a) Kenntnis	718
b) Vergessen	720
3. Täuschung, Falschbeantwortung	723
4. Verletzung einer Nachmeldeobligiertheit (§ 16 VVG a.F.)	725
5. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Falschbeantwortung, Anzeigepflicht bei Änderung und Wiederherstellung der Versicherung	727
VII. Auslegung von Antragsfragen	729
1. Grundsätze	729
a) Überblick	729

Inhalt

	Seite
b) (Pseudo-)AGB-Kontrolle	730
c) Verständnisprobleme, konkretisierende Fragen	732
2. Auskunft grundsätzlich ohne eigene Bewertung	733
3. Typische Probleme	734
a) Abgefragte Zeiträume	734
b) Verkürzte Antragsfragen, vereinfachte Gesundheitsprüfung	735
c) Fragen mit Werturteilen („gewohnheitsmäßig“ u.Ä.)	735
4. Auslegung nach Fallgruppen	737
a) Krankheiten, Störungen, Beschwerden	737
b) Ausgeheilte Gesundheitsbeeinträchtigungen	746
c) Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen	747
d) Krankenhaus	749
e) Drogen, Alkohol, Medikamente, Suizid	750
f) (Schwer-)Behinderungen	752
g) Arbeitsunfähigkeit, Krankschreibungen	753
h) „Psyche-Fragen“	754
i) Einkommen	754
j) Tabakkonsum, Rauchen	754
k) Vorversicherungen, anderweitige Versicherungen	755
l) Besondere Gefahren	755
5. Rechtsprechung zu bestimmten Erkrankungsgruppen	756
a) Bereich Bewegungsapparat	756
b) Bereich Psyche	757
c) Sonstige Beschwerden/Erkrankungen	758
VIII. Kenntnis des Versicherers vom verschwiegenen Gefahrumstand	759
1. Überblick	759
2. Begriff der Kenntnis	759
3. Kenntnis durch globale Fragen und ungenaue Antworten	760
4. Unterstellte Kenntnis, Datenbankabfrage, Konzernverbundenheit	761
5. Kenntniszurechnung des Wissens Dritter, „Auge und Ohr“	763
a) Grundsätze	763
b) Vertreter des Versicherers	766
c) Ausnahmen der Wissenszurechnung	767
d) Sonderfall: Der „beschwichtigende“ Versicherungsvertreter	774
6. Kenntnis durch gebotene, aber unterbliebene Nachfrage (Nachfrageobliegenheit)	776
a) Grundsätze	776
b) Anlass zur Nachfrage	777
c) Ausnahme: Arglist	781
IX. Verschuldensbemessung	782
1. Grundsätze	782
2. Definitionen	783
3. Entlastende Umstände	785
X. Rechtsfolgen	786
1. Arglistige Anzeigepflichtverletzung	786
2. Vorsätzliche Anzeigepflichtverletzung	787
3. Grob fahrlässige Anzeigepflichtverletzung	788
a) Überblick	788
b) Schaubild: Vertragsanpassung	789
c) „Andere Bedingungen“	789
d) Konkrete Rechtsfolgen	791

Inhalt

	Seite
4. Fahrlässige und schuldlose Anzeigepflichtverletzung	794
5. Kausalitätsgegenbeweis	795
XI. Besonderheiten der Arglistanfechtung	797
1. Überblick	797
2. Täuschung	799
a) Grundsätze	799
b) Täuschung durch Dritte	800
3. Arglist	802
a) Grundsätze	802
b) Indizien für Arglist	804
c) Indizien gegen Arglist	808
4. Kausalität	812
XII. Ausübung der Rechte durch den Versicherer	814
1. Anfechtung, Rücktritt, Kündigung, Anpassungsverlangen	814
2. Begründung des Gestaltungsrechts, Nachschieben von Gründen	816
3. Umdeutung von Gestalterklärungen	820
4. Hilfsweise Gestaltungsrechte	822
XIII. Fristen	824
1. Monatsfrist	824
a) Grundsätze	824
b) Diffuse Anzeigepflichtverletzung	826
2. Ausschlussfristen	829
3. Anfechtungsfrist	831
XIV. Abweichende Vereinbarungen	831
XV. Darlegungs- und Beweislast	833
1. Grundsätze	833
2. Kenntnis des Gefahrumstandes, „Vergessen“	834
3. Besonderheiten bei „Auge und Ohr“	835
4. Arglistige Täuschung	838
XVI. Prozessuale Besonderheiten	840
P. Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindung	846
I. Überblick	846
II. Klauseln in den AVB	848
III. Anwendungsbereich	850
1. Sachlicher Anwendungsbereich	850
2. Persönlicher Anwendungsbereich	850
a) Datenlieferanten	850
b) Einschaltung von Dritten	852
c) „Betroffene Person“	853
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	853
IV. Erforderlichkeit und Umfang der Datenerhebung	855
V. Einwilligung	857
1. Allgemeines	857
2. Generelle Einwilligung	859
3. Individuelle Einwilligung/Einzeleinwilligung	859
a) Grundsätze	859
b) Einschränkung durch AVB oder Fristsetzung	860
c) Kostenpauschale	861
VI. Unterrichtung vor der Datenerhebung	862
1. Grundsätze	862

Inhalt

	Seite
2. Typische Situationen, ausnahmsweise entbehrliche Unterrichtung	862
3. Rechtzeitige Unterrichtung, Wartefrist, Befristung	863
VII. Widerspruchsrecht des Betroffenen	864
1. Rechtsnatur, Inhalt, Form	864
2. Frist, Befristung durch den Versicherer	865
3. Rechtsfolgen des Widerspruchs	866
4. Einschränkung des Widerspruchsrechts nach § 242 BGB	866
VIII. Informationsverweigerung	867
1. Bei Vertragsschluss	867
2. Im Leistungsfall	867
a) Grundsätzliche Überlegungen	867
b) Obliegenheitsverletzung	869
c) Fehlende Fälligkeit	870
3. Außerhalb eines Leistungsfalls	871
IX. Rechtswidrige Datenerhebung	871
1. Ausgangssituation	871
2. Berufung auf rechtswidrig erlangte Daten	872
a) Grundsätze und verfassungsrechtliche Aspekte	872
b) BGH-Rechtsprechung	874
c) Vorrangige Versichererinteressen	875
d) Vorrangige Versicherungsnehmerinteressen	877
e) Prozessuale Aspekte	877
X. Darlegungs- und Beweislast	879
XI. Prozessuale Besonderheiten	881
Q. Kündigung der Berufsunfähigkeitsversicherung	882
I. Kündigung durch den Versicherungsnehmer	882
1. Grundsätze, AVB-Regelungen	882
2. Besonderheiten bei der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	883
3. Kündigung nach Eintritt des Versicherungsfalles	884
4. Rückkaufswert	886
a) Grundsätze	886
b) BUV-/BUZ-Bedingungen	887
5. Hinweispflicht des Versicherers	890
6. Besonderheiten bei Abtretung, Pfändung, Insolvenz	890
II. Kündigung durch den Versicherer	891
1. Ordentliche und gesetzlich zulässige Kündigung	891
2. Fristlose Kündigung	891
R. Berufsunfähigkeits-Prozess: Besonderheiten von A–Z	893
I. Allgemeines	893
II. Berufung	893
III. Bestreiten	895
IV. Beweisaufnahme	897
1. Grundsätze	897
2. Parteianhörung, Parteivernehmung	898
3. Beweisbeschluss, Vorgaben an den Sachverständigen	899
a) Grundsätze	899
b) Formulierung der Beweisfragen	900
c) Besonderer Hinweis auf Dauerhaftigkeit und Musterformulierung	901

Inhalt

	Seite
4. Untersuchungsverweigerung des Versicherten	902
5. Zeugenbeweis	902
a) Behandelnder Arzt als Zeuge	902
b) Art der Zeugenbefragung	902
c) „Zeugenkomplott“	903
6. Sachverständigenbeweis	904
a) Auswahl und Ablehnung des Sachverständigen	904
b) Persönliche Erstellung des Gutachtens, Untersuchung	906
c) Auswertung des Gutachtens	908
d) Vorgehen gegen das Gutachten, Anhörung des Sachverständigen	910
e) Widersprüchliche Gutachten, Bewertung von Privatgutachten	912
f) Weiteres Sachverständigengutachten, „Obergutachten“	915
7. Beweiswürdigung	917
8. Erstattungsfähigkeit von Privatgutachterkosten	918
a) Grundsätze	918
b) Kosten des Versicherungsnehmers	919
c) Kosten des Versicherers	919
V. Einstweiliger Rechtsschutz	920
VI. Gerichtsstand	922
1. Anwendungsbereich, personelle Fragen	922
2. Örtliche Zuständigkeit	924
3. Sachlicher Anwendungsbereich	925
4. Zeitlicher Anwendungsbereich	925
VII. Klageart	927
1. Leistungsklage	927
2. Feststellungsklage	928
a) Subsidiarität	928
b) Streitiger Forbestand des Vertrages	930
3. Bezifferung bei besonderen Leistungen	931
4. Checkliste für typische Praxisfälle	931
VIII. Klagefrist des § 12 Abs. 3 VVG a.F.	932
IX. Prozesskostenhilfe	933
X. Rechtskraft des Urteils	935
XI. Rubrumsberichtigung	936
XII. Schlüssigkeit der Klage	938
1. Grundsätzliches	938
2. Checkliste für die Mindestvoraussetzungen eines schlüssigen Klagevortrags	940
XIII. Selbständiges Beweisverfahren	941
XIV. Streitwert	943
1. Antrag auf Leistungen aus der Berufsunfähigkeitsversicherung	943
2. Antrag auf Fortbestand der Versicherung (Rücktritt, Anfechtung etc.)	945
a) Überblick	945
b) Isolierte Feststellungsklage	945
c) Kombinierte Klage	946
d) Streitigkeiten über Haupt- und Zusatzversicherung	948
e) Hilfsanträge	949
f) Vertragsanpassung	950
3. Besondere Umstände	950
a) Dynamikerhöhungen	950

Inhalt

	Seite
b) Klageerweiterung	951
c) Überschüsse	951
d) Vergleich, Mehrvergleich	951
4. Sonstiges	955
S. Pfändbarkeit, Verpfändung, Abtretung und Insolvenz	956
I. Pfändbarkeit	956
1. Überblick	956
2. Renten von Arbeitnehmern und Beamten	957
3. Renten von Selbständigen und Freiberuflern	959
a) Pfändungsschutz nach § 850 Abs. 3 Buchst. b ZPO	959
b) Pfändungsschutz nach § 850b ZPO	959
c) Pfändungsschutz nach § 851c ZPO	960
4. Beitragsbefreiung	962
5. Umwandlung der Lebensversicherung mit Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherung in eine pfändungsgeschützte Rentenversicherung	962
II. Abtretung und Verpfändung	965
1. Grundsätze	965
2. Abtretung von Lebensversicherungsansprüchen, Kündigung durch den Zessionar	967
III. Insolvenz	972
T. Besonderheiten der Lebensversicherung	975
I. Entsprechende Anwendung der §§ 176 ff. VVG, Ausnahmen und Besonderheiten	975
II. Für die Berufsunfähigkeit relevante Problematiken	978
1. Unrichtige Altersangabe (§ 157 VVG)	978
2. Bedingungsanpassung (§ 164 VVG)	979
3. Fremde Berufsunfähigkeit (§§ 150, 151, 156, 162 Abs. 1 VVG)	981
4. Prämien- und Leistungsänderung (§ 163 VVG)	983
5. Überschussbeteiligung (§§ 153–155 VVG)	984
U. Berufsunfähigkeit in anderen Rechtsgebieten und ähnliche Versicherungen	986
I. Die verschiedenen Berufsunfähigkeitsbegriffe	986
II. Gesetzliche Rentenversicherung	986
1. Historische Entwicklung	986
2. Entwicklung seit 2001	990
3. Unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen, keine Bindungswir- kung in der privaten Versicherung	992
III. Versorgungswerke	993
1. Begriff der Berufsunfähigkeit	993
2. Beispiele aus der Rechtsprechung	994
IV. Erwerbsunfähigkeitsversicherung	995
1. Überblick	995
2. AGB-Problematik	998
V. Krankentagegeldversicherung	1000
1. Grundsätze	1000
2. Wirksamkeit des § 15 MB/KT	1002

Inhalt

	Seite
3. Begriff der Berufsunfähigkeit in § 15 MB/KT	1003
4. Folgen des Berufsunfähigkeitseintritts nach § 15 MB/KT	1005
5. Darlegungs- und Beweislast	1007
VI. Unfallversicherung	1007
VII. Marktwertversicherung	1008
VIII. Arbeitsunfähigkeitsversicherung	1008
IX. Schwere-Krankheiten- und Grundfähigkeitsversicherung	1010
X. Mischformen	1011
V. Haftung des Versicherers und des Vermittlers für Fehlverhalten	1012
I. Haftungstatbestände	1012
II. Verletzung der Beratungs-, Dokumentations- oder Informationspflicht ...	1013
1. Überblick	1013
a) Haftung des Versicherers	1013
b) Haftung des Vermittlers	1013
2. Beratungspflicht bei der Berufsunfähigkeitsversicherung	1015
a) Vor Antragsstellung	1015
b) Während des Versicherungsverhältnisses	1026
3. Dokumentationspflicht	1030
a) Grundsätze	1030
b) Handlungsempfehlungen, Checkliste	1032
4. Informationspflicht (§ 7 VVG; VVG-InfoV)	1033
a) Grundsätze	1033
b) Form der Informationserteilung, Produktinformationsblatt	1036
c) Rechtzeitige Informationserteilung	1037
d) Technische Lösungen für die Informationserteilung	1039
5. Verzicht auf Beratung, Dokumentation und Information	1040
III. Erfüllungshaftung	1042
IV. Mitverschulden des Versicherungsnehmers	1044
V. Haftung des Versicherers für Maklerverhalten	1045
1. Grundsätze	1045
2. Abgrenzung Versicherungsvertreter – Makler	1046
a) Makler	1046
b) Mehrfachagenten	1047
3. Mangelhafte Aufklärung des Versicherungsnehmers	1048
VI. Verjährung	1049
VII. Darlegungs- und Beweislast	1050
1. Grundsätze	1050
2. Beratung und Dokumentation (§§ 6, 61 VVG)	1051
a) Grundsätze und Beweiserleichterung	1051
b) Sekundäre Darlegungslast	1053
c) Verletzung von Dokumentationspflichten	1054
3. Falsche Informationserteilung (§§ 7, 62 VVG)	1055
W. Rechtsschutzversicherung und Streit um die Berufsunfähigkeit	1056
I. Beruflicher oder privater Bereich	1056
II. Keine Teilklageobliegenheit	1058
III. Versicherungsfall in der Rechtsschutzversicherung, Vorvertraglichkeit	1059
IV. Vorvertragliche Anzeigepflichtverletzung als Straftat i.S.d. ARB	1061

beck-shop.de

Inhalt

	Seite
Anhang:	
Musterantrag auf Abschluss einer Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung – Fragen an die zu versichernde Person und Belehrung	1064
Sachregister	1069